

Im Gespräch

Über feministische Bewegungen in Mexiko

Ein Gespräch mit Mercedes Barquet Montané geführt von Teresa Frisch-Soto

Dieses Interview mit Mercedes Barquet Montané entstand im Rahmen des XV. internationalen Sommerkurses für Genderforschung, der vom *Programa Interdisciplinario de Estudios de la Mujer (PIEM)*, einem Programm für interdisziplinäre Frauenforschung des *Colegio de México*, im Juni und Juli 2005 abgehalten wurde. An der internationalen Veranstaltung in Mexiko D. F. nahmen Expertinnen und Experten aus allen Kontinenten teil. Meine Gesprächspartnerin Mercedes Barquet Montané ist Dozentin am *PIEM*; sie hat an der *Universidad Iberoamericana* in Ciudad de México, am *Colegio de México* und an der *Princeton University* in den USA Anthropologie und Soziologie studiert. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören unter anderem feministische Theorie sowie Frauenbewegungen und deren Einbindung in staatliche Strukturen. Barquet Montané gibt uns einen Einblick in die Situation der mexikanischen Frauen während der letzten 35 Jahre. Sie analysiert darüber hinaus die mexikanischen feministischen Bewegungen vor dem Hintergrund der sozio-politischen Veränderungen des Landes und beschreibt dabei auch aktuelle Probleme.

Teresa Frisch-Soto: *Welche Momente sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten in der Geschichte der feministischen Bewegungen in Mexiko?*

Mercedes Barquet Montané: Ich gehe ein wenig zurück, in die Zeit der sogenannten „Zweiten Welle des Feminismus“ in den 1970er Jahren. Damals wurde eine wichtige Grundlage geschaffen, denn die erste internationale Frauenkonferenz der *Vereinten Nationen* fand 1975 in Mexiko statt. Diese hat hier große Aufmerksamkeit erregt, zumal das, was damals in den USA geschah, auch Auswirkungen in Mexiko hatte: Die Bürgerrechtsbewegungen und der Protest gegen den Vietnamkrieg beeinflussten die mexikanische Studentenbewegung. Ein öffentlicher, politischer Raum war also bereits

vorhanden, der die Verbreitung neuer Ideen und eine politische Partizipation ermöglichte.

Der gewaltige Protest der Studenten von 1968 erschütterte das politische System Mexikos nachhaltig. Dessen Legitimität, also die Einparteienherrschaft, der autoritäre und fast diktatorische Führungsstil wurden in Frage gestellt. Die „Internationale Frauenkonferenz“ popularisierte diesen Bruch, die Lebensbedingungen der Frauen wurden sichtbar gemacht, und die Frauen begannen, sich offen an Politik zu beteiligen.

In den 1970er und 80er Jahren ging es vor allem darum, erste Initiativen ins Leben zu rufen, Selbstverortungen vorzunehmen, Öffentlichkeit und eine Atmosphäre zu schaffen, die Bewusstseinsbildung erlauben würde; es ging um das Ausloten von Möglichkeiten und Zielgruppen sowie um das Herstellen von Kontakten zwischen kritischen Frauengruppen untereinander. Eine sehr wichtige Rolle spielte dabei Elena Urrutia, die Gründerin des *PIEM*, die im Jahr 1976 auch die Zeitschrift „FEM“ gründete, als erstes Medium, das sich dezidiert Frauenthemen widmete. „FEM“ ist seither ein wichtiges Forum für die feministischen Bewegungen und den Kampf um Menschenrechte. Zentrale Themen sind die Situation der Frauen in der Arbeitswelt, Abtreibung, Mutterschaft, die Rolle von Frauen in der Politik und ihr Beitrag zu Kunst und Kultur.

Zahlreich waren bereits damals die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Mexiko vertreten; sie hatten damit begonnen, Probleme von Frauen zu erheben, um deren Lage zu verbessern. Ihr Einsatz war aufgrund der Krise des Staates notwendig geworden, der seine Aufgaben gegenüber der Gesellschaft nicht mehr im ausreichenden Maß wahrnahm. Die kleinen Frauenorganisationen, die als Teil der Zivilgesellschaft, nahe an den Problemherden agierten, suchten national und international größere Aufmerksamkeit zu erreichen. In Folge dessen nahmen die NGOs sowohl zahlenmäßig als auch in ihrer Bedeutung zu und ihre finanziellen Ressourcen wuchsen. Bald darauf führte der Fall der Berliner Mauer jedoch zu einer schwierigen Situation. Die europäischen Ressourcen wurden nun – zum Nachteil von Lateinamerika – hauptsächlich für den ehemaligen Ostblock aufgewendet.

Ich sollte auch erwähnen, dass die 1980er und 90er Jahre von Autonomie und starken Vorbehalten der feministischen Bewegungen gegenüber dem Staat gekennzeichnet waren. Zugleich suchte der mexikanische Staat – im Sinne einer Überlebensstrategie – die Zusammenarbeit mit den feministischen Bewegungen und machte sich zum Sprecher ihrer Interessen. So wurden zum Beispiel Posten in Ministerien mit führenden Mitgliedern dieser Bewegungen besetzt, gewisse Frauenorganisationen wurden finanziell unterstützt oder ihre Zusammenarbeit mit staatlichen Instanzen gefördert.

Ende der 1990er Jahre folgte eine Phase der Neu-etablierung. Bereits existierende feministische Organisationen wurden vom Staat wieder ausreichend finanziert und konnten vielen Frauen eine bezahlte Beschäftigung bieten. Sie engagierten sich für diverse Interessenslagen der Frauen – das heißt, Frauen mit politischen und sozialen

Anliegen aus dem Umfeld der Kirche, aber auch aus den linken Parteien, strebten nach Transformation. Die sozialen und politischen Aktivitäten boten ihnen Handlungsräume; sie konnten als Teil der Gesellschaft jenseits (staats-)politischer Instrumentalisierung ihre Stimmen erheben. Diese Möglichkeit hatten sie vorher nicht, weder in den Parteien, noch in der Kirche.

Seit den 1990er Jahren kam es zu einer verstärkten Institutionalisierung, ein Trend, der bis heute anhält. Auf der „Internationalen Frauenkonferenz“ 1975 hatten alle Staaten, die Einrichtung eines Frauenbüros beschlossen, was in Mexiko nicht konsequent umgesetzt wurde. Der Interessenslage der jeweiligen Regierung entsprechend, änderten sich die frauenspezifischen Programme alle sechs Jahre. Es gab keine Kontinuität, bis die Regierung 1995 unter Ernesto Zedillo ein „Nationales Frauenprogramm“ verabschiedete, aus dem bald darauf eine „Nationale Kommission für Frauenfragen“ hervorging, an der sich mehrere Regierungsstellen und Teile der öffentlichen Bundesverwaltung beteiligten.

Gleich 1975 war das Frauenbüro in den „Nationalen Rat für Bevölkerungsfragen“ und damit in das Sekretariat der Regierung verlagert worden. Dieser „Nationale Rat für Bevölkerungsfragen“ hatte 1974 mit Programmen zur Geburtenkontrolle begonnen. Die Bevölkerung wuchs enorm, und man sah in den Frauen das wesentliche Element der Bevölkerungspolitik. Meiner Meinung nach ging es dabei vor allem um eine Instrumentalisierung der Frauen zur Steuerung des Bevölkerungswachstums. Viele der Frauenprogramme hatten einen solchen Charakter: In erster Linie sollten staatliche Interessen durchgesetzt werden, und diese mussten sich überhaupt nicht mit jenen der Frauen decken. Die Politik der Geburtenkontrolle war typisch für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht nur in Mexiko.

Einen weiteren Meilenstein bedeutete Ende der 1990er Jahre die Gründung eines Frauenprogramms in der Hauptstadt und der „Kommission für die Gleichstellung und Geschlechterfragen“ in der Abgeordnetenversammlung. Darüber hinaus begann man, Frauenprogramme in verschiedenen Bundesstaaten der Republik zu organisieren.

Teresa Frisch-Soto: Welche sind die wichtigsten Frauengruppen in Mexiko und wie lassen sich ihre Anliegen und Programme beschreiben?

Mercedes Barquet Montané: Die *Feministische Bewegung* ist seit den 1970er Jahren eine der wichtigsten Gruppen, besonders im Bundesdistrikt, also in der Hauptstadt. Nachdem Mexiko ein sehr zentralistisches Land ist, hat das, was im Bundesdistrikt geschieht, auch Auswirkungen auf den Rest des Landes. Im Bundesdistrikt befinden sich die Universitäten und dort ist der Schwerpunkt des intellektuellen, politischen und kulturellen Lebens insgesamt. Rund um das Jahr 1975 hatte die *Feministische Bewegung* besonders im kulturellen Bereich – am Theater und in der Literatur – eine gewisse Präsenz, aber auch in den Medien, wo Fragen der Geschlechterpolitik und Ähnliches erörtert wurden.

Heute gibt es ein viel breiteres Spektrum an Bewegungen, darunter sehr aktive Gruppen – nicht nur im Zentrum, sondern auch in Michuacan oder im Südosten und im Norden des Landes, etwa die Frauenorganisation *Emas (Equipo de Mujeres en Acción Solidaria)* oder die NGO *K'inol Antzetik* (Welt der Frauen) in Chiapas und Mexiko-Stadt.

Die *Feministische Bewegung* der 1980er Jahre war als Plattform organisiert und verfolgte drei sehr konkrete Anliegen: Die sexuelle Selbstbestimmung, die freie und freiwillige Mutterschaft und das Recht auf Abtreibung. Dieses Thema ist in Mexiko besonders heikel, da es eine neue Selbstsicht der Frauen bedeutet. Später, mit dem Prozess der Institutionalisierung auf staatlicher Ebene, wurden die Forderungen der Frauen teilweise erfüllt. Durch diese Institutionalisierung verlor die *Feministische Bewegung* jedoch an Glaubwürdigkeit, und die mexikanische Gesellschaft begann nicht nur das Staatswesen zu hinterfragen, sondern die *Feministische Bewegung* selbst als Monolithen zu bezeichnen, welcher der Pluralität der Anliegen der Frauen nicht gerecht werde.

Aktuell beobachte ich eine Phase der Anpassung; genau genommen begann diese mit der Einrichtung des *Nationalen Instituts für Frauenangelegenheiten* im Jahr 2000. Dieses kooperiert mit allen Ministerien und Sekretariaten der öffentlichen Verwaltung. Die Feministinnen fühlen sich in diesem Institut jedoch nicht vertreten. Den Frauen der extremen Rechten ist es nicht weit genug rechts positioniert, jene der politischen Mitte sehen sich nicht repräsentiert und so weiter.

Pluralität ist ein wesentlicher Zug der mexikanischen Gesellschaft, schon deshalb, weil sie aus verschiedenen ethnischen Gruppen zusammengesetzt ist. Zwar erfolgte der Übergang zu demokratischen Verhältnissen und zu einem Mehrparteiensystem doch haben die Parteien ihr Prestige verloren und auch allen übrigen Institutionen wird wenig Vertrauen entgegen gebracht. Die Medien spielten und spielen bei all dem eine höchst verantwortungslose Rolle; sie kolportierten ständig irgendwelche Dinge, die kaum zu belegen sind. Die 71 Jahre der Einparteienregierung haben nicht die Voraussetzungen zur Entwicklung eines staatsbürgerlichen Denkens geboten. Mit dem Paternalismus war unter anderem die politische Unterdrückung der Pressefreiheit verbunden gewesen. Im Augenblick der politischen Öffnung fehlten uns daher die Instrumente zum Dialog, zum Verhandeln und um Allianzen zu bilden. Da die autonomen Gewerkschaften von den Regierungen¹ ausgeschlossen waren, entstand keine Tradition, soziale Anliegen in die öffentliche Verantwortung einzubinden.

Teresa Frisch-Soto: *Besteht die Gefahr, dass die Frauenorganisationen durch das Nationale Institut für Frauenfragen vereinnahmt werden?*

Mercedes Barquet Montané: Unter der letzten Regierung von Vicente Fox Quesada schien die Gefahr der Vereinnahmung geringer, er konnte sich auf keine einschlägigen Traditionen stützen, er war ein politischer Neuling. Er hatte nicht die Netzwerke, über

die der *PRI (Partido Revolucionario Institucional)* weiterhin verfügt, auch wenn er nicht mehr an der Regierung ist.

Ich glaube, es gibt Versuche, das *Nationale Institut für Frauenfragen* in zwei völlig verschiedene Richtungen zu ziehen: in eine sehr konservative und in eine, die radikalere Anliegen vertritt. Die Aktionen des Instituts folgten bislang einem Mittelweg, keine der beiden Positionen erreichte eine Vormachtstellung. Das finde ich sehr klug.

Die Frauenorganisationen hinterfragen auch ihre eigenen Aktivitäten. Es wird beispielsweise diskutiert, ob man ihnen den Diskurs ‚geraubt‘ hat, was meiner Meinung nach in dem Sinn zu verstehen ist, dass jede Institutionalisierung eine Bewegung neutralisiert. Die Bewegungen forderten lange eine eigene Instanz in der Regierung und ein Programm für Frauenangelegenheiten. Mit deren Realisierung entstanden neue Diskussionen, vor allem um die verloren gegangene Radikalität.

Wer erst einmal an der Regierung ist, muss für alle regieren und steht unter dem Druck aller. Ein Beispiel: Die Gruppen der extremen Rechten kämpfen gegen die Antibabypille und gegen das Recht auf Abtreibung. Darauf begann die Präsidentin des *Instituts für Frauenfragen*, Patricia Espinosa, eine Debatte zur „Pille danach“. Sie empfahl über die Presse deren Anwendung als Maßnahme der öffentlichen Gesundheit, die ein laizistischer mexikanischer Staat im Rahmen der Gesundheitspolitik setzen sollte. Das führte zu einem Diskussionsprozess im Obersten Gerichtshof, der schließlich diese Pille als Maßnahme der öffentlichen Gesundheitspolitik befürwortete; die Kontroverse freilich geht weiter.

Aufgrund der Bedeutung der Kirche muss das Thema Abtreibung in Mexiko sehr vorsichtig behandelt werden. In diesem Zusammenhang geht es auch um Programme der Sexualerziehung, nicht zuletzt um Abtreibungen durch breite Information über Sexualität und Gesundheit etc. vorzubeugen. Und für den Fall, dass alle Vorsorgemaßnahmen scheitern, in Notfällen, bei Vergewaltigungen etwa, sollten Frauen das Recht auf Freiheit über ihren eigenen Körper haben. Wir Feministinnen fordern daher die Straffreiheit für den Abortus. Es gibt zwar gesetzliche Regelungen für die Vorgangsweise im Falle von Vergewaltigungen, die werden aber in jedem Bundesstaat anders gehandhabt. Doch können wir das nicht als gesamtgesellschaftliches Anliegen betrachten. Die Ärzte und Ärztinnen beispielsweise sind in dieser Angelegenheit geteilter Meinung.

Teresa Frisch-Soto: Was gehört für Sie zu den wichtigsten Erfolgen der Frauen, welche ihrer Forderungen haben sie bereits durchgesetzt?

Mercedes Barquet Montané: Für die letzten Jahre würde ich die kulturelle Präsenz von Frauen, eine veränderte Einstellung und Sensibilisierung der Gesellschaft gegenüber den Problemen der Frauen als zentrale Erfolge nennen. Hier wiederum haben die Medien eine positive Rolle gespielt: Sie brachten verstärkt frauenbezogene Themen an die Öffentlichkeit. Schon allein dadurch wurde der traditionelle Machismo der mexikanischen Männer offen hinterfragt. Die Männer müssen etwa zur Kenntnis nehmen,

dass sie Frauen nicht misshandeln dürfen. Gewalt in der Familie ist immer noch ein gravierendes Problem – ich glaube, nicht nur hier in Mexiko. Durch die Berichterstattung und durch die Information der Öffentlichkeit wurde erreicht, dass innerfamiliäre Gewaltakte vermehrt angezeigt werden. Es gibt einschlägige Gesetze und damit ist Gewalt in der Familie keine unentrinnbare Sache mehr. Frauenbilder, die Frauen mit ‚sozialem Abfall‘ gleichsetzen und damit quasi gewalttätige Beziehungen legitimieren, verschwinden langsam. Es ist ein langwieriger Prozess, aber dank der Arbeit der Frauenbewegungen schreitet er voran.

Teresa Frisch-Soto: *Was sagen Sie zu den massenhaften Morden an Frauen in Ciudad Juárez?*

Mercedes Barquet Montané: Dieses Problem ist international bekannt und vermittelt ein sehr negatives Bild unseres Landes. Etwa 400 Frauen wurden ermordet oder sind verschwunden. Es handelt sich um ausschließlich geschlechtsspezifische Gewalt. Die verstümmelten Körper brutal vergewaltigter Frauen werden auf die Müllhalden oder in die Wüste geworfen. Diese Grausamkeiten begannen bereits vor ungefähr zwölf Jahren – sämtliche Untersuchungen kamen bislang zu keinem Ergebnis. In Ciudad Juárez befinden sich *Maquilas*,² junge Frauen leben dort alleine, häufig sind sie vor ihren Familien oder vor der Armut in ihren Dörfern davongelaufen. Diese Frauen suchen sich irgendeine billige Unterkunft und landen in Stadtteilen, die weder Infrastruktur noch Sicherheit bieten. Andererseits sind die Frauen dort autonom. Sie arbeiten und haben ihre Freiheiten. Viele Männer fühlen sich durch diese jungen Frauen, die machen was sie wollen, die abends ausgehen und auch Bars besuchen, ausgegrenzt und provoziert. Es könnte sich um eine Form der Bestrafung für diese Selbständigkeit handeln. Denn das ideologische Konzept, dass Frauen in allem zu gehorchen hätten, dass man sie gebrauchen und dann wegwerfen dürfe, ist immer noch sehr präsent.

Man muss auch über die Komplizenschaften der Autoritäten sprechen, und zwar sowohl auf staatlicher als auch auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene, sowie über die Polizei und die Justiz. Alle sind mit allen verstrickt, es gibt Seilschaften und niemand wird zur Verantwortung gezogen. Für keinen der Morde hat man Täter, es gibt zwar ein paar Verdächtige, aber niemand kann sagen, ob es sich nicht nur um vorgeschobene Sündenböcke handelt. Diese Situation ist sehr ernst und leider handelt es sich nicht um einen Einzelfall; auch in anderen Orten in Lateinamerika sind die Verhältnisse ähnlich, in Guatemala etwa.

2 Als *Maquila* oder *Maquiladora* werden Montagebetriebe im Norden Mexikos und in Mittelamerika bezeichnet, in denen importierte Einzelteile oder Halbfertigware zu Dreiviertel- oder Fertigware für den Export zusammengesetzt werden. Sie sind das Ziel zahlreicher Migrantinnen und Migranten und ein stark wachsender Wirtschaftszweig in Niedriglohn-Gebieten.

Die Frauenorganisationen können sich nicht auf eine gemeinsame Strategie einigen, um etwas dagegen zu tun. Es gibt internationalen Druck durch die *Kommission für Menschenrechte der Vereinten Nationen*; es war auch schon eine Abgesandte hier, und bei zahlreichen Gelegenheiten kam es auf Regierungsebene zu Empfehlungen und Maßnahmen. Bislang allerdings ohne Erfolg. Es scheint keinen Weg zu geben, die Schuldigen zu finden – diese Art von Morden bleibt eine Herausforderung für den Rechtsstaat.

Sehr wahrscheinlich sind auch einzelne Fälle von Gewalt in der Familie darunter, Racheakte, etc., aber es gibt auch regelrechte Mordserien, bei denen eine gewisse ‚Institutionalisierung‘ sichtbar wird, denn in vielen Fällen wurden Frauen in ähnlicher Weise gefoltert und ermordet oder sind einfach verschwunden.

